

Antrag des Landes Niedersachsen

Entschließung des Bundesrates für ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von BSE und zur Wiederherstellung des Verbrauchervertrauens

Punkt 18 e) bis 18 h) der 759. Sitzung des Bundesrates am 16. Februar 2001

Der Bundesrat möge beschließen:

Die Entschließung des Bundesrates in der Fassung des Entschlieungsvorschlags der
Bundesratsausschsse (A, EU, Fz, und G)

BR-Drs. 85/01

wird wie folgt ergänzt.

Nach Ziffer 67 wird folgender Text als neue Ziffer angefügt:

... . Der Bundesrat begrüßt, dass Bund und Länder durch die Einschaltung externen,
interdisziplinären wissenschaftlichen Sachverstandes unterstützend dazu beitragen,
den Pfad einer Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik auf einen verbesserten
Verbraucherschutz vorzubereiten. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass die Qua-
littsoffensive für landwirtschaftliche Produkte eine stärkere Beachtung des Um-
welt-, Natur- und Tierschutzes einschließen muss. Dazu zählen:

- Artgerechte und flchengebundene Tierhaltung sollte besonders gefördert
werden. Dazu tragen die Neufestsetzung von betrieblichen Obergrenzen für
Viehbesatzdichten als Grundlage für die Abgrenzung bäuerlicher und gewerb-
licher Tierhaltung und eine verstärkte Förderung von Investitionen für artge-
rechte Haltungsvorgaben bei allen Tierarten bei. Ziel ist die Abkehr von der
Massentierhaltung ohne Futterbasis im Betrieb – dies auch im Interesse des
Trink- und Gewässerschutzes durch Verminderung von Belastungen durch
den anfallenden Wirtschaftsdünger. Die regionale Vermarktung von Qualitäts-

...

produkten bietet neue Chancen. Regionale Gütesiegel bei Nahrungsmitteln sollten auch künftig eingesetzt werden können.

- Die Einführung einer neuen Grünlandprämie sollte die Flächenbindung in der Tierhaltung verstärken, die Landschaftspflege verbessern und das Prämiensystem bei der Rinderhaltung verschlanken.
- Im Übrigen sollte insgesamt das Flächen- und Tierprämiensystem darauf hin überprüft werden, die Möglichkeiten für eine Qualitätsoffensive in der landwirtschaftlichen Erzeugung mit dem Ziel, höhere Standards im Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz zu erreichen, auszuschöpfen. Agrarsubventionen, die Anreize für Umweltbelastungen auslösen, sind abzuschaffen.
- Ein Ökolandbaugesetz sollte verabschiedet werden, in dem die Kennzeichnung für Ökoerzeugnisse, die Überwachung der Ökobetriebe sowie die Förderung des Anbaus und der Vermarktung ökologischer Erzeugnisse geregelt werden.“

Begründung (nur fürs Plenum):

Die BSE-Krise hat eine breite gesellschaftliche Debatte zum Verbraucherschutz und zur zukünftigen Gestaltung der europäischen, nationalen und länderspezifischen Agrarpolitik ausgelöst. Dabei ist deutlich geworden, dass es nicht ausreicht, sich mit speziellen Maßnahmen zur BSE-Bekämpfung auseinander zusetzen. Verbraucherschutz und Verbrauchervertrauen sind auch wesentliche Elemente für eine verbraucherorientierte Agrarpolitik. Sie steht in einem engem Zusammenhang dazu, wie und unter welchen Bedingungen in der Landwirtschaft Nahrungsmittel erzeugt werden. Aus Verbrauchersicht nehmen hierzu Fragen des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes eine zunehmende Bedeutung ein. Von daher ist es zwingend, die Agrarproduktion auch mit Hilfe der Agrarpolitik in diese Richtung zu lenken. Die Förderung der artgerechten und flächengebundenen Tierhaltung, die Erweiterung der Ökolandbauförderung und der Aufbau regionaler Gütesiegel in Verbindung mit Qualitätssicherungssystemen nehmen hierbei eine zentrale Stellung ein. Dabei ist es selbstverständlich, dass staatliche Ausgleichszahlungen, so ausgestattet werden müssen, dass sie keine falschen Produktionsanreize geben und die Einbindung der Belange des Umwelt- und Tierschutzes unterstützen.

Vor dem Hintergrund einer ausführlichen Debatte, die aktuell zur Agrarpolitik in der Öffentlichkeit stattfindet, wird eine Positionierung des Bundesrates empfohlen. Damit befürwortet der Bundesrat Änderungen in der Konventionellen Landwirtschaft und spricht sich für eine Förderung der ökologischen Landwirtschaft mit Augenmaß aus.